

Lob für neues Schulfach

- Südwestpresse
- Schwäbisches
Tagblatt 21.7.14

Mehr Verbraucherwissen und Berufsorientierung ab Klasse 7

Auf Zustimmung bei Verbraucherschützern und Unternehmen stoßen die Pläne der Landesregierung, Wirtschaft als Schulfach einzuführen. Ein Testlauf startet bereits im Herbst an 14 Schulen im Land.

ANDREAS BÖHME
ALEXANDER BÖGELEIN

Stuttgart. Das Land Baden-Württemberg führt Wirtschaft zum Schuljahr 2016/2017 flächendeckend als Pflichtfach ein. Ziel ist es nach Angaben von Kultusminister Andreas Stoch, der ökonomischen Grundbildung und der Ausbildungs- und Studienorientierung an allgemein bildenden Schulen einen deutlich höheren Stellenwert zu geben.

„Baden-Württembergs Ansatz hat durchaus Vorbildcharakter für die Bundesrepublik“, sagt Dirk Loerwald, Professor für Ökonomische Bildung an der Uni Oldenburg. Auf Ebene der Kultusministerkonferenz gibt es bislang keine Initiative, das Fach flächendeckend einzuführen.

Im Südwesten begrüßen nicht nur der Baden-Württembergische Industrie-Handelskammertag (BWIHK) und das Handwerk, sondern auch Verbraucherschützer das

neue Schulfach. „Verbrauchersein reiche in fast alle Lebensbereiche und damit auch Unterrichtsfächer hinein“, sagt Niklaas Haskamp von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Daher gehe es nicht nur um die Vermittlung von Kenntnissen, sondern auch darum junge Menschen in der Entfaltung ihrer Person als Verbraucher zu stärken.

Das sieht auch Kultusminister Stoch so: „Schüler sollen lernen, was es heißt, am Wirtschaftsleben teilzunehmen.“ Und nicht nur die Abiturienten, sondern Jugendliche an allen weiterführenden Schulen. „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ heißt das neue Schulfach. Nur wer weiß, wie Wirtschaft funktioniert, könne sich am Ende der Schulzeit fundiert und bewusst

für eine Berufsausbildung oder ein Studienfach entscheiden.

Das scheint notwendig. Die jüngst präsentierte Ausbildungsstatistik gilt als Beleg dafür, dass Schüler aller Schularten früher, gezielter und umfangreicher auf die Berufswelt vorbereitet werden müssen. Mehr als 37 000 Jugendliche parken derzeit in Übergangssystemen zwischen Schule und Beruf.

Manche stecken in Kursen, die noch nicht mal auf die Ausbildungszeit angerechnet werden. Gleichzeitig aber sind tausende Lehrstellen unbesetzt, fehlen qualifizierte Arbeitskräfte. Wirtschaftsminister Nils Schmid sieht die Reform denn auch als Riesenchance, Schule und Arbeitswelt enger miteinander zu verzahnen.

Aus Sicht der Wirtschaft soll das neue Schulfach vor allem zwei Dinge leisten. „Es muss praxisnahes Wirtschaftswissen vermitteln und – im Zusammenspiel mit der fächerübergreifenden Leitperspektive „Berufs- und Studienorientierung“ – eine umfassende Berufsorientierung für die Schülerinnen und Schüler bieten“, sagt Martin Frädlich, Geschäftsführer der Abteilung Beruf und Qualifikation der IHK Region Stuttgart und Federführer Ausbildung beim BWIHK. Die Kammern haben nach seinen Worten ein Konzept erarbeitet, mit dem sie die Fortbildung der Lehrer für das neue Schulfach stützen wollen.

Wirtschaftsunterricht an allgemeinbildenden Schulen gibt es natürlich schon im Land, im Fächerverbund GWG: Gemeinschaftskunde, Wirtschaft, Geografie. Er wird seit der letzten Bildungsplanreform vor zehn Jahren unterrichtet.

Die Lehrgewerkschaft GEW sieht daher keine Notwendigkeit für ein eigenes Schulfach Wirtschaft. Das gehe zu Lasten von Erd- und Gemeinschaftskunde, die künftige Trennung von Ökonomie, Ökologie und Politik sei unzulässig. Die Gewerkschaft befürchtet außerdem eine einseitige Vereinnahmung der Schüler durch die Wirtschaftswissenschaften.

Schwerpunkt auf Berufs- und Studienorientierung

Fünf Wochenstunden
Die Landesregierung verankert das neue Fach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung ab dem Schuljahr 2016/17. In den Klassenstufen 7 bis 10 der Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen sind insgesamt 5 Wo-

chenstunden angesetzt, im Gymnasium in den Klassenstufen 8 bis 10 insgesamt 3 Wochenstunden. Die Stunden für das neue Fach entstammen vor allem den bisherigen Fächerverbänden, die weitgehend wieder in einzelne Fächern aufgelöst werden.

Wer nimmt Einfluss? Vertreter von Verbänden, Kammern und Gewerkschaften sind in einem Expertengremium für die berufliche Orientierung vertreten. Deren Anregungen fließen laut Ministerium aber nur indirekt in die Gestaltung des Bildungsplans ein. amb